

Der bekannte US-Journalist und Kriegsgegner Norman Solomon fordert die Basis der Demokratischen Partei auf, sich der Parteiführung zu widersetzen und auf einem Kurswechsel zu bestehen. Und wir wünschen allen LUFTPOST-Lesern ein friedliches Jahr 2019.

LUFTPOST

Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 165/18 – 31.12.18

Die Führung der Demokratischen Partei muss vom Kopf auf die Füße gestellt werden

Unabhängig davon, wie viel Druck die Sprecher Nancy Pelosi und Steny Hoyer ausüben, sollte die Parteibasis darauf bestehen, dass die demokratischen Mitglieder des Kongresses einen progressiveren Kurs einschlagen

Von Norman Solomon

Common Dreams, 27.11.18

(<https://www.commondreams.org/views/2018/11/27/democratic-party-leadership-upside-down>)

Wenn die Demokraten Anfang Januar mit ihrer Mehrheit das Repräsentantenhaus kontrollieren, werden sie eine doppelte Führung haben – eine an der Spitze der Machtpyramide und eine zweite an der Basis der Partei. Durch formale Kontrollmechanismen können Nancy Pelosi (s. https://de.wikipedia.org/wiki/Nancy_Pelosi) und Steny Hoyer (s. https://de.wikipedia.org/wiki/Steny_Hoyer) mit Zuckerbrot und Peitsche regieren, um die demokratischen Abgeordneten auf ihrer Linie zu halten. Mit lautstarker Unterstützung der Parteibasis könnte die gewachsene Anzahl der progressiven Abgeordneten aber auch aus der offiziellen Parteilinie ausscheren – mit einer eigenen Strategie und einer progressiven Agenda, und das sollte auch geschehen.



Steny Hoyer, Nancy Pelosi und Michael Swalwell (von links)
(Ausschnitt aus einem Foto von Chip Somodevilla / Getty Images)

Frau Pelosi und Herr Hoyer steuern den demokratischen Parteiapparat im Repräsentantenhaus seit 2003 und sind Experten im Kaschieren ihres konzernhörigen Taktierens mit liberaler Rhetorik. Frau Pelosi hat schon häufig progressive Vorschläge abgeblockt. Und Hoyer ist sogar noch schlimmer, weil er offen nach "Wahlspenden" von Großbanken, Pentagon-Lieferanten und anderen Titanen der Wall Street giert. Dieses Duo hat sich in der Vergangenheit immer wieder als Türöffner für die Durchsetzung von Interessen der Rüstungsindustrie betätigt.

Frau Pelosi ist besonders gut im "Herbeizaubern" von Millionen Dollars für die Finanzierung von Wahlkämpfen, denn als Sprecherin hat sie enormen Einfluss auf die Besetzung der Parlamentsausschüsse. Sie muss aber alle demokratischen Abgeordneten "bei der Stange" halten und deshalb gelegentlich auch auf Anliegen progressiver Mitglieder ihrer Fraktion eingehen. Durch Erfolge bei den Zwischenwahlen sind jetzt zwei Fünftel der demokratischen Abgeordneten des Repräsentantenhauses dem Congressional Progressive Caucus (dem progressiven Flügel der Demokraten im Kongress, s. https://de.wikipedia.org/wiki/Congressional_Progressive_Caucus) zuzurechnen.

Wenn künftig mehr progressive Abgeordnete "in den Ring" steigen, könnte der Führungsanspruch der Parteibasis deutlicher artikuliert werden. Das wird aber nur geschehen, wenn sich aus der Vergangenheit bekannte Verhaltensweisen nicht mehr wiederholen.

Vor sechs Jahren habe ich geschrieben: "Wenn im Repräsentantenhaus Abstimmungen anstehen, die der Fraktionsführung der Demokraten besonders wichtig sind, gelingt es ihr immer wieder, auch Abgeordnete mit abweichenden Meinungen mit der Peitsche des Fraktionszwangs auf Linie zu bringen. Während Obamas Präsidentschaft hat sich diese üble Praxis sogar noch verfestigt: "Progressive demokratische Abgeordnete haben Obamas Vorhaben auch dann abgenickt, wenn sie vorher flammende Reden dagegen gehalten haben, weil sie dem Druck der Fraktionsführung nicht standhielten."

Dieses Einknicken hatte tragische Folgen für die US-Gesundheitsreform. Im September 2009 haben dem Congressional Progressive Caucus angehörende Demokraten Obama in einem Brief mitgeteilt, dass sie "einer Krankenversicherung ohne starke staatliche Komponente" nicht zustimmen würden. Sie schrieben: "Jeder Gesetzentwurf, in dem staatliche Komponenten wie Medicare (weitere Infos dazu sind aufzurufen unter <https://www.msdmannuals.com/de-de/heim/gesundheitsprobleme-bei-%C3%A4lteren-menschen/krankenversicherung-f%C3%BCr-%C3%A4ltere-menschen/medicare>) fehlen, ist für uns inakzeptabel." Sechs Monate später haben auch diese Briefschreiber Obamas Healthcare mitbeschlossen – ein System privater Krankenversicherungen ohne starke staatliche Komponente (s. dazu auch <https://www.zeit.de/wirtschaft/2016-09/gesundheitsreform-usa-obamacare-barack-obama> und <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftspolitik/rueckschlag-fuer-obama-gesundheitsreform-verfassungswidrig-1596283.html>).

In den letzten Jahren ist der Vorstand des Congressional Progressive Caucus selbstbewusster geworden. Die gegenwärtige Mischung von bewährten und neuen Mitgliedern, die sich aus Veteranen wie Raul Grijalva (s. https://de.wikipedia.org/wiki/Ra%C3%BAI_Grijalva), liberalen Abgeordneten wie Mark Pocan (s. https://de.wikipedia.org/wiki/Mark_Pocan), Pramila Jayapal (s. https://de.wikipedia.org/wiki/Pramila_Jayapal) oder Ro Khanna (s. https://de.wikipedia.org/wiki/Ro_Khanna) und progressiven Neulingen wie Alexandria Ocasio-Cortez (s. https://de.wikipedia.org/wiki/Alexandria_Ocasio-Cortez), Ilhan Omar (s. https://de.wikipedia.org/wiki/Ilhan_Omar), Rashida Tlaib (s. https://en.wikipedia.org/wiki/Rashida_Tlaib) und Ayanna Pressley (s. https://de.wikipedia.org/wiki/Ayanna_Pressley) zusammensetzt, ist vielversprechend.

Es gibt ermutigende Anzeichen dafür, dass der jetzige Vorstand des Congressional Progressive Caucus seinen gewachsenen Einfluss für die Durchsetzung progressiver Ziele nutzt. Nach einem Treffen mit Frau Pelosi am 15. November haben die Vorstandsmitglieder Pocan und Jayapal eine Erklärung veröffentlicht, in der steht: "Wir freuen uns, dass Frau Pelosi unserer Forderung entsprechen und Mitglieder des Congressional Progressive Caucus künftig proportional in wichtige Ausschüsse wie Wege und Mittel, Energie und Handel, Mittelzuweisungen, Finanzdienstleistungen und Geheimdienste entsenden will."

Progressive Abgeordnete könnten auch deshalb größeren Einfluss gewinnen, weil sie Forderungen vertreten, die nach Umfragen auch von breiten Mehrheiten in der US-Bevölkerung erhoben werden: Einen Mindestlohn von 15 Dollar wollen 59 Prozent der Befragten, eine Krankenversicherung für alle wollen 70 Prozent, eine progressive Strafrechtsreform wollen 65 Prozent und höhere Steuern für die Reichen wollen 76 Prozent. Dieser Forderungskatalog wurde bisher von führenden Demokraten im Kongress immer abgelehnt.

Von links könnte jetzt wieder mehr Schwung in die Demokratische Partei kommen. Viele der bisher von der korrumpierten Parteiführung vertretenen Positionen sind durch die kumulative Kraft dynamischer sozialer Bewegungen, die im Wahlkampf sichtbar wurde, unhaltbar geworden. Die Krankenversicherung für alle ist ein typischer Fall, mit dem künftige demokratische Präsidentschaftskandidaten punkten könnten.

Die progressivste Triebkraft der Demokraten sitzt aber nicht im Kongress. Sie geht von über alle Bundesstaaten der USA verstreuten progressiven Gruppierungen und Bewegungen aus, die tiefgreifende soziale Reformen wollen – und das nicht nur vor Wahlen.

Unabhängig davon, welchen Druck Frau Pelosi auszuüben versucht, sollte die Parteibasis darauf bestehen, dass sich die demokratischen Mitglieder in beiden Häusern des Kongresses für progressive Veränderungen einsetzen. Wenn sich Demokraten im Kongress nur "progressiv" geben, aber nicht progressiv handeln, sollte die Parteibasis spätestens bei den nächsten Vorwahlen gegen sie mobil machen: Alle in den Kongress gewählten Demokraten müssen ständig kontrolliert und für ihr Abstimmungsverhalten verantwortlich gemacht werden.

Norman Solomon ist Mitbegründer und nationaler Koordinator von RootsAction.org. (s. <https://rootsaction.org/>). Er hat das Institute for Public Accuracy (s. <http://accuracy.org/>) gegründet und ist dessen geschäftsführender Direktor. Solomon hat auch ein Dutzend Bücher geschrieben, darunter "War Made Easy: How Presidents and Pundits Keep Spinning Us to Death" (das unter dem Titel "War Made Easy – Wie uns Präsidenten und Experten zu Tode lügen" im Jim Humble Verlag auch in deutscher Übersetzung erschienen ist) und "Made Love, Got War: Close Encounters with America's Warfare State" (Wir wollten Liebe und bekamen Krieg: Annäherungen an die US-Kriegsmaschinerie).

(Wir haben den Artikel komplett übersetzt und mit Ergänzungen und Links in Klammern versehen. Weitere Infos über den Autor sind nachzulesen unter https://de.wikipedia.org/wiki/Norman_Solomon . Anschließend drucken wir den Originaltext ab.)



Democratic Party "Leadership" Is Upside Down

No matter how intense the top-down pressure gets from Speaker Pelosi and Steny Hoyer, we should insist from the bottom up that members of Congress stand their ground for progressive principles.

By Norman Solomon

Published on Tuesday, November 27, 2018

When Democrats take control of the House in early January, they'll have two kinds of lea-

dership—one from the top of the party’s power pyramid, the other from its base. With formal control, Nancy Pelosi and Steny Hoyer can brandish huge carrots and sticks to keep Democratic lawmakers in line. With grassroots support, a growing number of those lawmakers can—and should—strategically step out of line to fight for progressive agendas.

Pelosi and Hoyer have been running the Democratic machinery in the House of Representatives since 2003, and they’re experts at combining liberal rhetoric with corporate flackery. Pelosi is frequently an obstacle to advancing progressive proposals. Hoyer is significantly worse as he avidly serves such “constituents” as giant banks, Pentagon contractors and other Wall Street titans. The duo has often functioned as top-drawer power tools in the hands of powerful corporate-military interests.

Pelosi is a longtime wizard at generating and funneling hundreds of millions of election-cycle dollars, and as speaker she’ll wield enormous power over committee assignments. But she must keep Democratic House members minimally satisfied—and along the way that should mean yielding more power to the Congressional Progressive Caucus. Buoyed by wins in the midterm elections, the caucus includes two-fifths of all Democrats in the House.

That’s where the other kind of leadership comes in—if a hefty number of self-identified progressives in Congress go to the mat to vigorously represent progressive constituencies. For that to happen, a dubious aspect of the Progressive Caucus past must not repeat itself.

“When historic votes come to the House floor, party functionaries are able to whip the Progressive Caucus into compliance,” I wrote six years ago. A grim pattern set in during the Obama presidency, “with many Progressive Caucus members making fine statements of vigorous resolve—only to succumb on the House floor under intense pressure from the Obama administration.”

Backing down had tragic consequences for the nation’s healthcare system. In September 2009, Progressive Caucus leaders sent a letter to President Obama pledging not to vote for any healthcare bill “without a robust public option.” They wrote: “Any bill that does not provide, at a minimum, a public option built on the Medicare provider system and with reimbursement based on Medicare rates—not negotiated rates—is unacceptable.” Six months later, every member of the Progressive Caucus abandoned the demand and voted for a healthcare bill with no public option at all.

In recent years, the leadership of the Progressive Caucus has become more impressive. The current mix of leaders and new members—which includes veteran lawmaker Raul Grijalva, more recent House arrivals like Mark Pocan, Pramila Jayapal and Ro Khanna, and notable incoming progressives such as Alexandria Ocasio-Cortez, Ilhan Omar, Rashida Tlaib and Ayanna Pressley—seems to augur well.

There are encouraging signs that Congressional Progressive Caucus leaders are using new leverage to gain more power for progressives. After meeting with Pelosi on Nov. 15, Co-Chair Pocan and First Vice-Chair Jayapal released a statement saying “we are pleased that Leader Pelosi shares our commitment to ensuring that CPC members are represented proportionally on the key exclusive committees—including Ways and Means, Energy and Commerce, Appropriations, Financial Services and Intelligence.”

Progressive leaders can gain persuasive influence largely because they’re advocating for proposals that—as polling verifies—have wide support from the U.S. public, such as a \$15-an-hour minimum wage (59 percent), Medicare for All (70 percent), progressive criminal justice reform (65 percent) and higher taxes on the wealthy (76 percent). Behind such

political agenda items is an activist base eager to achieve many programs that have been obstructed by most top-ranking Democrats in Congress.

Clearly, much of the Democratic Party's momentum is now coming from the left. And many of the positions that the timeworn Democratic leadership has staked out are now being overrun—outmatched by the cumulative power of dynamic social movements that have generated electoral clout. Medicare for All is a case in point, with numerous likely Democratic presidential candidates climbing on board.

Ultimately, the most profound progressive leadership for Congress isn't in Congress at all. It's in communities and movements across the country—nurturing diverse progressive strengths in many aspects of social change, including at election time.

No matter how intense the top-down pressure gets from Speaker Pelosi, we should insist from the bottom up that members of Congress stand their ground for progressive principles. And—no matter how fervently they embrace the “progressive” label—if congressmembers aren't willing to fight for those principles, then the grassroots should mobilize: to create an outcry, to lobby and to consider launching primary challenges. No elected officials should be immune from scrutiny and accountability.

Norman Solomon is co-founder of RootsAction.org and founding director of the Institute for Public Accuracy. His books include “War Made Easy: How Presidents and Pundits Keep Spinning Us to Death” and “Made Love, Got War: Close Encounters with America's Warfare State”.

www.luftpost-kl.de

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern